

Militärische Erlebnispädagogik

Schulausflüge zur Bundeswehr und »terroristische« Presseanfragen. **Von Susan Bonath**

Die deutsche Söldnerarmee braucht Nachwuchs. Dafür wirbt sie exzessiv in Schulen. Neben 231 Vorträgen von »Karriereberatern« und 31 Klassenausflügen zur Truppe (siehe auch *jW* vom 27. Januar) veranstalten Jugendoffiziere bereits im ersten Quartal dieses Jahres 66 ein- oder mehrtägige Seminare mit Jugendlichen. Besonders beliebt bei Schulen ist das interaktive Planspiel POL&IS (»Politik und internationale Sicherheit«). Laut Bundesregierung hatten allein in diesem Januar 20 Schulen eine oder mehrere Klassen zu einem solchen dreitägigen »Event« geschickt, für Februar und März sind bundesweit weitere 18 Veranstaltungen geplant. Vor allem Gymnasiasten will das Militär damit ködern. Anmelden können sich die Schulen einfach telefonisch. Die Bundeswehr kommt bei Bedarf direkt ins Haus und trägt die Kosten.

Was sollen die Heeresdiener den Schülern beibringen? Handelt es sich um Pflichtveranstaltungen im Rahmen des Unterrichts? Die Leitung des Lucas-Cranach-Gymnasiums Wittenberg (Sachsen-Anhalt), die Ende Januar zwei elfte Klassen zu einem POL&IS-Spiel nach Naumburg – mit Übernachtung im »Jugend- und Sporthotel Euroville« – geschickt hatte, wollte nicht darüber reden. Ein Anruf von *jW* brachte Schulleiter Bernd Ludlei in Rage. Seine auf der Webseite des Gymnasiums angegebene Handynummer sei nicht für Auskünfte an die Presse, sondern nur für Notfälle »wie Terror« gedacht, wettete er. Bei einem zweiten Anruf in seinem Büro verriet ein Pädagoge weder seinen Namen noch irgend etwas zur Sache. Mehr noch: Er drohte *jW* lautstark mit einer »Meldung beim Staatsschutz wegen Belästigung und Telefonterrors«. Karina Kunze vom Kultusministerium Sachsen-Anhalt reagierte darauf mit Unverständnis. »Erwachsene Menschen sollten mit der Presse vernünftig umgehen können«, sagte sie gegenüber *jW*. Zwar seien Schulleiter nicht zu Auskünften gegenüber Medien verpflichtet. »Sie könnten aber, wenn



»Besonders beliebt« bei den Jüngsten: Das »Quad Polar« beim »Tag der offenen Tür« 2014

sie unsicher sind, auf das zuständige Schulamt verweisen«, informierte Kunze. Welche Veranstaltungen oder Exkursionen Schulen zusätzlich planen, liege indes in ihrer eigenen Hand. Das Land prüfe dies nicht und gebe nur die Richtung vor.

Fündig wird man indes auf der Webseite des Gymnasiums. In höchsten Tönen lobt dort Geschichtslehrer Kurt Fuchs, der die Tour begleitet hatte, das Planspiel. Es sei bereits das fünfte in Folge für Wittenberger Gymnasiasten. Die Pädagogen beabsichtigten damit, so Fuchs, den Jugendlichen »die Zusammenhänge der Weltpolitik näher zu bringen«. Danach mimten die Elftklässler – nach vorgegebener »Weltlage« – Minister verschiedener Staaten, UN-Vertreter oder Banker. In den Simulationen werde »ihr Blick auf Krisen, Konflikte und Handlungsoptionen realitätsnah ins Zentrum des Geschehens gerückt« – natürlich ganz im Sinne der Bundeswehr. Diese besitzt nach

eigenen Angaben seit 1989 sämtliche Rechte für POL&IS. Kurz zuvor wurde das »Spiel« von Wolfgang Leidhold an der Universität Erlangen entwickelt. »Die Bundeswehr erkannte früh das didaktische und konzeptionelle Potential«, lobt sie sich auf ihrer Werbeseite www.jugendoffizier.eu, auf der sie auch Truppenbesuche für Schüler ab 14 Jahren bewirbt. Betreut und durchgeführt wird POL&IS von insgesamt 92 Bundeswehr-»Jugendoffizieren«, verteilt auf alle Bundesländer.

Die Schulleitung des Lucas-Cranach-Gymnasiums findet, die Simulation stelle »einen wichtigen bildungspolitischen Auftrag für mündige Bürger« dar, der die Demokratie stärke. Aus diesem Grund »fördert auch die Landeszentrale für politische Bildung diese Maßnahme«, schwärmt Lehrer Fuchs. Der sogenannte »Beutelsbacher Konsens«, zu dem sich die Bundeszentrale für politische Bildung offiziell verpflichtet hat, gerät dabei ins

Hintertreffen. Denn danach sind Schulen verpflichtet, zu politischen Fragen immer mehrere Ansichten zur Diskussion zu stellen. Geschehe dies nicht, werde »die Grenze zur Indoktrination überschritten«. Darauf hatte sich im Dezember auch Sachsen-Anhalts SPD-Kultusminister Stephan Dorgerloh berufen, als er eine neue Richtlinie veröffentlicht hatte. Laut dieser sollten »Jugendoffiziere« der Bundeswehr nur dann vor Jugendlichen referieren dürfen, wenn auch Friedensinitiativen zu Wort kommen. Doch vor dem Veto der Koalitionspartnerin CDU knickte der SPD-Politiker wenige Tage später ein. Keine Friedensinitiativen also, auch Lehrer könnten »Nachbereitung« betreiben. Lediglich freiwillig sollten »Militärevents« künftig für Schüler sein. »Jugendoffiziere« dürften außerdem nicht für das Heer werben. Dies sei weiterhin Sache von Berufsberatern, die Schulen indes ebenso einladen dürfen.